

23.03.2022

G7 Gesundheitsministerinnen und –minister verurteilen Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine

Wir, die G7 Gesundheitsministerinnen und -minister, verurteilen aufs Schärfste Präsident Putins nicht provozierten und ungerechtfertigten militärischen Angriff auf die Ukraine, der bereits Tausende Tote gekostet und millionenfaches Leid verursacht hat sowie einen schwerwiegenden Verstoß gegen internationales Recht, einschl. der UN-Charta, darstellt und den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit untergräbt. Wir fordern, dass Russland unverzüglich seine nicht provozierten und ungerechtfertigten Militäraktionen beendet, alle seine Streitkräfte aus dem Territorium der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zurückzieht, die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine umfassend respektiert, und die von 141 Staaten auf der 11. Notstandssondertagung mitgetragene Resolution der UN-Vollversammlung „Aggression gegen die Ukraine“ sowie die rechtsverbindliche Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs befolgt, worin Russland aufgefordert wird, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen.

Wir verurteilen ebenfalls aufs Schärfste die unterschiedslosen Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung sowie Gesundheitseinrichtungen und Gesundheitsfachkräfte, die in der Ukraine ins Kreuzfeuer geraten. Wir unterstützen vollumfänglich den am 13. März vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gemeinsam veröffentlichten Aufruf, die Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine mit ihren verheerenden Auswirkungen, wie den entsetzlichen Beschuss der Entbindungsklinik in Mariupol, zu stoppen. Absichtliche Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur, einschl. Gesundheitseinrichtungen und deren Personal, verstoßen gegen humanitäres Völkerrecht. Gesundheit muss eine Priorität bleiben und so muss auch Gesundheitspersonal geschützt werden, damit es lebensrettende Notversorgung erbringen kann, und es müssen Gesundheitssysteme und -einrichtungen geschützt sein, damit sie für alle, die ihrer bedürfen, zugänglich sind.

Hilfsorganisationen sehen sich mit immer größeren Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es darum geht, den Notleidenden medizinische Hilfe zu bringen, wobei das Problem mit zunehmender Ausbreitung des Krieges immer akuter wird, was wiederum die öffentliche Gesundheit unmittelbar beeinträchtigt. Humanitäre Partner und Gesundheitspersonal müssen ungefährdet die Erbringung unverzichtbarer Gesundheitsleistungen für Zivilisten innerhalb der Ukraine sowie für Flüchtlinge, die in Nachbarländer fliehen, aufrechterhalten können. Internationales humanitäres Recht und Menschenrechtsnormen müssen gewahrt bleiben, und der Schutz von Zivilisten muss

oberstes Gebot bleiben.

Seit dem Beginn der weiteren Invasion von Seiten Russlands hat das WHO-Überwachungssystem für Angriffe auf das Gesundheitswesen 64 Angriffe dokumentiert, bei denen Gesundheitseinrichtungen getroffen sowie 15 Menschen getötet und 37 verletzt wurden. In den meisten Fällen wurden Gesundheitseinrichtungen beschädigt oder zerstört. Diese Angriffe haben noch über die unmittelbaren Toten und Verletzten hinaus enorme Auswirkungen auf das Leben der Menschen vor Ort und behindern den Zugang zu unverzichtbaren Gesundheitsleistungen - insbesondere für Kranke und Verwundete sowie für Kinder, Schwangere, ältere Menschen und weitere gefährdete Bevölkerungsgruppen - und können eine Behandlung verzögern, was die Prognose der Betroffenen verschlechtert und zu indirekten Todesfällen führt. Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen werden auch langfristig die Genesungschancen der Menschen noch viele Jahre nach Beendigung des Konflikts verschlechtern. Diese Angriffe müssen sofort enden. Gesundheitspersonal an der Front muss ungehinderten Zugang zu versorgungsbedürftigen Bevölkerungsgruppen haben.

Das Gesundheitssystem der Ukraine ist schweren Belastungen ausgesetzt. Wir sind äußerst besorgt über die Ausfälle bei der Versorgung mit medizinischen Hilfsgütern, unverzichtbaren Gesundheitsleistungen und der Regelversorgung sowie über die großflächige Zerstörung der Wasserinfrastruktur und Sanitärversorgung. Der fehlende Zugang zu solch grundlegenden Versorgungsleistungen hat bereits äußerst schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in der Ukraine und der Region. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Zusammenbruch des Gesundheitswesens zu verhindern.

Wir würdigen die Tätigkeit der Organisationen und Mitarbeiter, die lebenswichtige gesundheitliche Unterstützung und Dienstleistungen für die Betroffenen in der Ukraine und den Nachbarländern koordinieren, liefern und erbringen, einschl. WHO, IKRK, UN-Unterorganisationen und internationale Organisationen. Auch verfolgen wir wachsam die Ausbreitung von COVID-19 und weiterer Infektionskrankheiten in der Ukraine und unter den Vertriebenen und Geflüchteten, die in den Nachbarländern Zuflucht gesucht haben und sind bereit, gezielte Unterstützung durch die Abgabe von sicheren und wirksamen COVID-19 Impfstoffen zu leisten.

Die WHO hat einen Spendenappell über 57,5 Million US Dollar als Nothilfe für die Ukraine gestartet. Die WHO versorgt und unterstützt die von dieser Krise betroffenen Menschen über den WHO-Notfallfonds (CFE) durch die Regierung und ihre Partner. Bislang hat die WHO auf schnellstem Wege mehr als 100 Tonnen medizinischer Bedarfsartikel in die Ukraine geliefert und mehr als 10 Millionen US Dollar aus ihrem Notfallfonds zur Verfügung gestellt, um den dringendsten Gesundheitsbedürfnissen in der Region Rechnung zu tragen. Der WHO-Notfallfonds hat sich als eines der hochwirksamen Instrumente in Notlagen erwiesen. Dennoch ist er nahezu aufgebraucht.

Wir danken der WHO und anderen internationalen Organisationen und Körperschaften

in der gesamten Region für ihre unermüdliche Tätigkeit sowie die Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium der Ukraine, bei der Versorgung der Ukraine mit medizinischen Hilfsgütern, einschl. Arzneimitteln und Diagnostika, traumatologischen und notfallmedizinischen Chirurgie-Kits, um die medizinischen Versorgungsketten aufrecht zu halten und lebensrettende Versorgung und psychosoziale Unterstützung für die Notleidenden zu erbringen, sowie für ihre Unterstützung der Nachbarländer.